

Amerikas „Suez-Moment“ am Hormuz

Avatar von Global Geopolitics

Von Global Geopolitics am 28. März 2026

Wie der Verlust einer einzigen Handelsroute Macht, Finanzen und die globale Ordnung neu gestaltet

Der Verlust der Kontrolle über die Straße von Hormus wird das Ende der globalen Vorherrschaft Amerikas markieren, so wie der Suezkanal das Ende der britischen Imperialmacht markierte, wobei der Mechanismus des Niedergangs nicht in einer unmittelbaren militärischen Niederlage begründet liegt, sondern im raschen Zusammenbruch der finanziellen Glaubwürdigkeit, des Vertrauens der Verbündeten und der wahrgenommenen Autorität über globale Handelsrouten.

Der Präzedenzfall beruht auf den Ereignissen der Suez-Krise, in der Großbritannien, formal noch immer eine Großmacht mit globaler Reichweite, versuchte, die Verstaatlichung des Kanals mit Gewalt rückgängig zu machen. Archivmaterial und spätere wissenschaftliche Untersuchungen, darunter Keith Kyles detaillierte Studie über Suez und Corelli Barnetts Analyse der strategischen Überdehnung Großbritanniens, zeigen, dass die britische Führung davon ausging, dass ihre verbleibende Autorität zur Einhaltung der Vorgaben zwingen würde. Diese Annahme scheiterte unter dem koordinierten Druck der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sowie angesichts akuter Spannungen auf den Pfund-Märkten. Barry Eichengreens Währungsgeschichte dokumentiert, wie das Pfund während der Krise aufgrund der beschleunigten Kapitalflucht Notfallhilfen benötigte, was zeigt, dass finanzielle Abhängigkeit militärisches Handeln einschränkte. Der darauf folgende Rückzug zerstörte zwar nicht die britischen Fähigkeiten im materiellen Sinne, zerstörte jedoch das Vertrauen in die britische Autonomie. Innerhalb eines Jahrzehnts beschleunigte sich die Entkolonialisierung, und innerhalb von zwei Jahren war die Rolle Großbritanniens als Reservewährungsland weitgehend verschwunden.

Wirtschaftshistoriker haben Suez eher als Glaubwürdigkeitsschock denn als einzelne Ursache des Niedergangs betrachtet. Harold James und Adam Tooze beschreiben die Episode beide als den Punkt, an dem Märkte und Verbündete die Fähigkeit Großbritanniens, unabhängig zu handeln, neu bewerteten. Diese Neubewertung trieb die Kapitalumschichtung und strategische Neuausrichtung voran. Der Ablauf deckt sich mit früheren imperialen Schrumpfung. Portugals Verlust der maritimen Vorherrschaft im 17. Jahrhundert, untersucht von Charles Boxer, folgte auf die Erosion der Kontrolle über Handelsrouten zugunsten niederländischer Konkurrenten. Die Niederländische Republik, analysiert von Jonathan Israel, sah ihre finanzielle Vorherrschaft schwinden, sobald die Kontrolle über die Seewege angesichts der aufstrebenden britischen Macht nicht mehr gewährleistet werden konnte. Jeder Fall zeigt, dass die Kontrolle über wichtige Handelswege ein überproportionales Gewicht bei der Aufrechterhaltung des systemischen Vertrauens hat.

Ray Dalios Langzyklus-Modell, das im Rahmen von Forschungen bei Bridgewater Associates entwickelt wurde, fasst diese Muster zu einer Abfolge zusammen, die Schuldenakkumulation, externe Herausforderungen und den Verlust des Status als Reservewährung miteinander verknüpft. Dalio schreibt, dass Großmächte untergehen, wenn Gläubiger beginnen, sowohl an der Rückzahlungsfähigkeit als auch an der Durchsetzungsfähigkeit zu zweifeln. Unabhängige Analysten wie Russell Napier und

Michael Hudson, die außerhalb der etablierten politischen Institutionen schreiben, gelangen aus unterschiedlichen methodischen Positionen zu ähnlichen Schlussfolgerungen und betonen, dass Finanzsysteme ebenso sehr von glaubwürdiger Machtprojektion wie von der wirtschaftlichen Größe abhängen. Napiers Arbeit zu Kapitalzyklen unterstreicht, dass der Status als Reservewährung von der Erwartung von Ordnung abhängt, während Hudson argumentiert hat, dass eine Überdehnung im Ausland in Verbindung mit internen Schuldenlasten historisch gesehen einer Währungsrestrukturierung vorausgeht.

Die Straße von Hormus nimmt innerhalb des heutigen Systems eine vergleichbare strukturelle Position ein. Daten der US-Energieinformationsbehörde (EIA) zeigen, dass etwa ein Fünftel des weltweit gehandelten Öls diesen Korridor durchquert. Unabhängige Energieberatungsunternehmen, darunter Rystad Energy und das Oxford Institute for Energy Studies, haben detaillierte Analysen veröffentlicht, die belegen, dass alternative Routen nicht über die Kapazität verfügen, eine anhaltende Sperrung auszugleichen. Eine Störung in Hormuz wirkt sich daher unmittelbar auf die globale Preisbildung, die Industrieproduktion und die fiskalische Stabilität in den Importländern aus. Die Abhängigkeit Europas von externen Energielieferungen, die in Arbeiten des Bruegel-Thinktanks dokumentiert ist, und die Abhängigkeit der asiatischen Fertigungsindustrie von Exporten aus der Golfregion, die von japanischen und südkoreanischen Politikinstituten analysiert wurde, schaffen ein System, in dem ein einziger Engpass ein systemisches Risiko darstellt.

Die Kontrolle über einen solchen Engpass hängt von mehr als nur der Präsenz einer Flotte ab. Sie erfordert eine anhaltende Dominanz unter umkämpften Bedingungen. Die Vereinigten Staaten unterhalten seit Jahrzehnten Seestreitkräfte in der Region, doch die jüngste Militärgeschichte prägt die Wahrnehmung von Durchhaltevermögen. Studien von Andrew Bacevich und Berichte des Quincy Institute for Responsible Statecraft dokumentieren die Grenzen, an die man in Vietnam, im Irak und in Afghanistan stieß, wo langwierige Einsätze zu einem strategischen Rückzug ohne entscheidenden Sieg führten. Diese Fälle beeinflussen externe Einschätzungen der amerikanischen Toleranz gegenüber langwierigen Konflikten.

Der Ansatz des Iran spiegelt eine Doktrin der asymmetrischen Kriegsführung wider, die darauf abzielt, diese Grenzen auszunutzen. Analysen des Royal United Services Institute und unabhängiger regionaler Wissenschaftler wie Trita Parsi beschreiben eine Strategie, die sich auf Verhinderung, Zermürbung und dosierte Eskalation konzentriert. Seeminen, Schiffsabwehrraketen und verteilte Stellvertreter-Netzwerke sorgen für anhaltende Störungen, ohne ein konventionelles Zielspektrum zu bieten. Das Ziel besteht darin, die Kosten für die Sicherung der Durchfahrt über ein politisch tragbares Maß hinaus zu erhöhen. Historische Parallelen finden sich in Fällen, in denen schwächere Mächte stärkeren Gegnern unverhältnismäßige Kosten auferlegen, wie in Ivan Arreguín-Tofts Arbeit über die Ergebnisse asymmetrischer Konflikte untersucht.

Aussagen, die Donald Trump zugeschrieben werden, betonen die Abschreckung durch die Androhung einer überwältigenden Reaktion. Dalio hält fest, dass politische Entscheidungsträger in verbündeten Staaten bezweifeln, ob solche Drohungen bei anhaltenden Störungen zu einem langwierigen Engagement führen. Das Problem betrifft eher die Glaubwürdigkeit über einen längeren Zeitraum als die Kapazität zu einem bestimmten Zeitpunkt. Empirische Arbeiten von Politikwissenschaftlern wie Daryl Press legen nahe, dass Glaubwürdigkeit von der demonstrierten Bereitschaft abhängt, Kosten zu tragen, und nicht nur von erklärten Verpflichtungen.

Die finanzielle Lage der Vereinigten Staaten führt eine zusätzliche Einschränkung mit sich. Die Staatsverschuldung hat ein Niveau erreicht, das erhebliche jährliche Zinszahlungen

erfordert, was die fiskalische Flexibilität in Krisenzeiten einschränkt. Analysen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und unabhängiger Ökonomen, darunter Carmen Reinhart, deuten darauf hin, dass eine hohe Schuldenlast die Fähigkeit einschränkt, auf externe Schocks zu reagieren, ohne inflationären Druck oder Währungsdruck auszulösen. Eine Störung in Hormuz würde wahrscheinlich die Energiepreise in die Höhe treiben und sich direkt auf die Inflation in den Industrieländern auswirken. Die Zentralbanken stünden vor dem Konflikt zwischen einer Straffung der Geldpolitik zur Eindämmung der Inflation und der Aufrechterhaltung akkommodierender Bedingungen zur Bewältigung der Schuldendienstkosten.

Die Währungsstabilität hängt von einer anhaltenden Nachfrage nach auf Dollar lautenden Vermögenswerten ab. Die Rolle des Dollars als Reservewährung hat sich aufgrund seiner Liquidität, seiner institutionellen Tiefe und des Fehlens einer vergleichbaren Alternative gehalten. Unabhängige Analysten wie Michael Hudson und Forschungsgruppen, die sich mit den Finanzinitiativen der BRICS-Staaten befassen, stellen jedoch schrittweise Bemühungen fest, die Abwicklungsmechanismen vom Dollar weg zu diversifizieren. Diese Bemühungen sind zwar noch von begrenztem Umfang, doch ein sichtbares Versagen bei der Sicherung kritischer Handelsrouten könnte die Diversifizierung beschleunigen, indem es das Vertrauen in den Garanten des Systems untergräbt.

Allianzen würden auf eine solche Wahrnehmungsverschiebung reagieren. In europäischen politischen Diskussionen, die sich in Berichten von Chatham House und deutschen Wirtschaftsinstituten widerspiegeln, wird zunehmend auf strategische Autonomie als Reaktion auf die Unsicherheit hinsichtlich langfristiger US-Verpflichtungen Bezug genommen. Asiatische Volkswirtschaften, die von Energielieferungen aus der Golfregion abhängig sind, würden unter unmittelbarem Druck geraten, alternative Vereinbarungen zu treffen. Chinas Position als bedeutender Importeur verleiht dem Land ein direktes Interesse an der Stabilität von Hormuz. Untersuchungen des Mercator-Instituts für Chinastudien deuten darauf hin, dass China seine Seestreitkräfte und logistischen Zugangspunkte ausgebaut hat, um Seewege zu schützen, obwohl es noch keine dominierende Rolle im Sicherheitsbereich übernommen hat. Eine anhaltende Krise könnte diese Haltung ändern.

Russland und andere Energieexporteure würden durch Preisbewegungen und sich verändernde Nachfragemuster sekundäre Auswirkungen spüren. Höhere Preise würden die Haushaltslage der Exporteure stärken, während importabhängige Volkswirtschaften stärker belastet würden. Die Umverteilung des wirtschaftlichen Einflusses würde mit bestehenden geopolitischen Allianzen interagieren und Trends hin zu einem stärker fragmentierten System verstärken.

Die Analogie zum Suez-Krisen beruht auf der Rolle der Wahrnehmung als Triebkraft für systemischen Wandel. Großbritannien verlor 1956 nicht seine gesamte Handlungsfähigkeit, doch Märkte und Verbündete kamen zu dem Schluss, dass es nicht mehr unabhängig von größeren Mächten agieren könne. Diese Schlussfolgerung löste Kapitalflucht, Währungsschwäche und strategischen Rückzug aus. Die Vereinigten Staaten verfügen über weitaus größere strukturelle Vorteile als Großbritannien zu jenem Zeitpunkt, darunter technologische Führungsrolle und tiefere Finanzmärkte. Der in historischen Fällen identifizierte Mechanismus des Niedergangs erfordert jedoch keine Parität zwischen den Situationen. Er erfordert ein sichtbares Versagen an einem systemisch wichtigen Punkt.

Dalios Rahmenkonzept steht im Einklang mit früheren Theorien der internationalen politischen Ökonomie, darunter Charles Kindlebergers Argument, dass globale Stabilität von einer führenden Macht abhängt, die in der Lage ist, offene Handelswege und die Finanzordnung aufrechtzuerhalten. Wenn diese Fähigkeit in Frage gestellt wird, folgt eine

Fragmentierung. Unabhängige wissenschaftliche Untersuchungen haben dieses Rahmenkonzept vor dem Hintergrund der aktuellen Bedingungen neu beleuchtet und festgestellt, dass keine alternative Macht diese Rolle vollständig übernehmen kann, was das Potenzial für Unruhen während des Übergangs erhöht.

Energieflüsse, maritime Kontrolle und finanzielle Glaubwürdigkeit laufen im Szenario der Straße von Hormus zusammen. Eine anhaltende Unfähigkeit, die Durchfahrt zu garantieren, würde die Grenzen der amerikanischen Macht in einem für die Weltwirtschaft zentralen Bereich signalisieren. Historische Präzedenzfälle zeigen, dass ein solches Signal Konsequenzen über die unmittelbare Region hinaus hat und sich auf Währungsstabilität, Bündnisstrukturen und Kapitalallokation auswirkt.

Die Analyse früherer Imperien zeigt konsistente Muster. Portugal verlor seine Position, nachdem es nicht gelang, die Seewege gegen aufstrebende Konkurrenten zu verteidigen. Die finanzielle Dominanz der Niederländischen Republik schwand, sobald die Seeüberlegenheit nachließ. Die globale Rolle Großbritanniens schrumpfte, nachdem Suez Abhängigkeit und begrenzte Autonomie offenbart hatte. In jedem Fall kam es zu einem Moment, in dem die Kontrolle über eine kritische Verkehrsader versagte und sich die Wahrnehmung rasch änderte.

Die gegenwärtige Situation spiegelt ähnliche Dynamiken unter anderen technologischen und geopolitischen Bedingungen wider. Die Strategie des Iran zielt darauf ab, durch asymmetrische Mittel anhaltende Kosten zu verursachen, die Konfliktdauer zu verlängern und politische Zwänge innerhalb der Vereinigten Staaten auszunutzen. Erfahrungen aus früheren Konflikten zeigen, dass solche Strategien gegen materiell stärkere Gegner erfolgreich sein können, wenn die Kosten eines Engagements den wahrgenommenen Nutzen übersteigen.

Ein Versagen der Vereinigten Staaten bei der Sicherung der Straße von Hormus würde daher mehr als nur einen regionalen Rückschlag darstellen. Es würde die Unfähigkeit demonstrieren, den freien Handel an einem kritischen Engpass durchzusetzen, was eine Neubewertung seitens der Gläubiger und Verbündeten auslösen würde. Die Kapitalströme würden auf diese Neubewertung reagieren, wie sie es bereits in früheren historischen Episoden getan haben. Die Währungsstabilität würde unter Druck geraten, und alternative Regelungen würden an Bedeutung gewinnen.

Historische Präzedenzfälle stützen die These, dass imperiale Systeme nicht allein durch Niederlagen auf dem Schlachtfeld zusammenbrechen, sondern durch den Verlust des Vertrauens in ihre Fähigkeit, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Suez-Krise liefert ein klares Beispiel für diesen Prozess in der Praxis. Dalios Synthese langfristiger Zyklen, gestützt durch unabhängige wirtschaftswissenschaftliche und historische Forschung, ordnet die aktuelle Situation in ein erkennbares Muster ein.

Die Fehleinschätzung asymmetrischer Kriegsführung stellt ein zentrales Risiko dar. Stärkere Mächte haben wiederholt die Fähigkeit schwächerer Gegner unterschätzt, ihnen anhaltende Kosten aufzuerlegen. Vietnam, Irak und Afghanistan liefern empirische Belege für dieses Muster in den letzten Jahrzehnten. Die Strategie des Iran spiegelt das Bewusstsein für diese Präzedenzfälle wider und kombiniert regionalen Einfluss mit Methoden, die darauf abzielen, eine entscheidende Konfrontation zu vermeiden und gleichzeitig den Druck aufrechtzuerhalten.

Sollten die Vereinigten Staaten unter solchen Bedingungen daran scheitern, die Straße von Hormus zu sichern, würde die daraus resultierende Wahrnehmungsverschiebung eng mit den britischen Erfahrungen von 1956 übereinstimmen. Verbündete würden ihre Verpflichtungen neu bewerten, Gläubiger würden ihr Risiko überdenken, und konkurrierende Mächte würden ihren Einfluss in dem sich öffnenden Raum ausweiten. Das Ende der Vorherrschaft würde nicht aus einer einzigen Niederlage resultieren,

sondern aus der kumulativen Wirkung des verlorenen Vertrauens.

Die Geschichte zeigt, dass die Kontrolle über lebenswichtige Handelswege die Autorität von Großmächten untermauert. Der Verlust dieser Kontrolle hat wiederholt den Übergang von der Vorherrschaft zum Niedergang markiert. Die Straße von Hormus nimmt nun diese Rolle innerhalb des heutigen Systems ein. Ein Versagen bei ihrer Sicherung würde die Vereinigten Staaten angesichts der bereits bestehenden strukturellen Belastungen auf denselben Kurs bringen, den Großbritannien nach Suez einschlug, wobei asymmetrische Kriegsführung als Mechanismus dient, durch den eine schwächere Macht dieses Ergebnis erzwingt.

Verfasst von: Global GeoPolitics

Vielen Dank für Ihren Besuch. Dies ist eine von Lesern unterstützte Publikation. Wenn Sie der Meinung sind, dass Journalismus der Öffentlichkeit dienen sollte, nicht den Mächtigen, und Sie in der Lage sind zu helfen, macht es einen echten Unterschied, wenn Sie BEZAHLENDER ABONNENT werden. Alternativ können Sie uns mit einer Tasse Kaffee unterstützen:

<https://buymeacoffee.com/ggvtv> |

<https://ko-fi.com/globalgeopolitics> |

Bitcoin: 3NiK8BoRZnkwJSHZSekuXKFizGPopkE7ns

Global Geopolitics © 2026.

Holen Sie sich die Jetpack-App

Abonnieren, Lesezeichen setzen und Echtzeit-Benachrichtigungen erhalten – alles in einer App!

Automattic, Inc.

60 29th St. #343, San Francisco, CA 94110

(Übersetzt mit DeepL - Grafiken nur im engl. Original!)

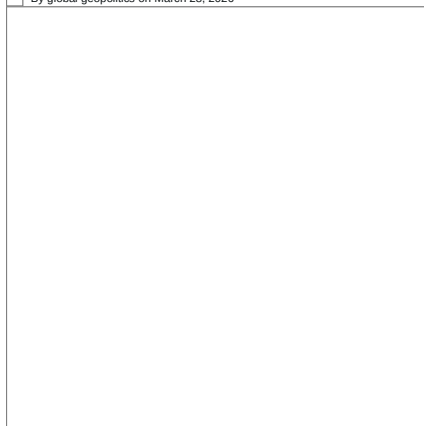


Global geopolitics [Read on blog](#) or [Reader](#)

America's Suez Moment at Hormuz



By global geopolitics on March 28, 2026



How loss of a single trade route reshapes power, finance, and global order

Loss of control over the Strait of Hormuz will mark the end of American global dominance in the same manner that the Suez Canal marked the end of British imperial power, with the mechanism of decline rooted not in immediate military defeat but in the rapid collapse of financial credibility, alliance confidence, and perceived authority over global trade routes.



The precedent rests on the events of the Suez Crisis, where Britain, still formally a great power with global reach, attempted to reverse the nationalisation of the canal by force. Archival material and later scholarship, including Keith Kyle's detailed study of Suez and Corelli Barnett's analysis of British strategic overreach, show that British leadership assumed residual authority would compel compliance. That assumption failed under coordinated pressure from the United States and the Soviet Union, alongside acute stress in sterling markets. Barry Eichengreen's monetary history documents how the pound required emergency support as capital flight accelerated during the crisis, demonstrating that financial dependence constrained military action. The withdrawal that followed did not destroy British capability in a material sense, yet it destroyed confidence in British autonomy. Within a decade, decolonisation accelerated, and within two, Britain's reserve currency role had largely dissipated.



Economic historians have treated Suez as a credibility shock rather than a singular cause of decline. Harold James and Adam Tooze both describe the episode as the point at which markets and allies reassessed Britain's capacity to act independently. That reassessment drove capital reallocation and strategic realignment. The sequence aligns with earlier imperial contractions. Portugal's loss of maritime dominance in the seventeenth century, examined by Charles Boxer, followed the erosion of control over trade routes to Dutch competitors. The Dutch Republic, analysed by Jonathan Israel, saw financial supremacy weaken once naval control could no longer be guaranteed against rising British power. Each case demonstrates that control over narrow trade arteries carries disproportionate weight in sustaining systemic trust.

Ray Dalio's long-cycle framework, developed through research at Bridgewater Associates, synthesises these patterns into a sequence linking debt accumulation, external challenge, and loss of reserve currency status. Dalio writes that great powers decline when creditors begin to doubt both repayment capacity and enforcement capability. Independent analysts such as Russell Napier and Michael Hudson, writing outside mainstream policy institutions, reach related conclusions from different methodological positions, emphasising that financial systems depend on credible power projection as much as on economic size. Napier's work on capital cycles stresses that reserve status depends on the expectation of order, while Hudson has argued that overextension abroad combined with internal debt burdens historically precedes monetary restructuring.

The Strait of Hormuz occupies a comparable structural position within the contemporary system. Data from the U.S. Energy Information Administration indicates that roughly one fifth of globally traded oil transits through this corridor. Independent energy consultancies, including Rystad Energy and the Oxford Institute for Energy Studies, have published detailed assessments showing that alternative routes lack the capacity to offset a sustained closure. Disruption at Hormuz therefore transmits directly into global price formation, industrial output, and fiscal stability across importing economies. European dependence on external energy supplies, documented in work by the Bruegel think tank, and Asian manufacturing reliance on Gulf exports, analysed by Japanese and South Korean policy institutes, create a system in which a single chokepoint carries systemic risk.

Control of such a chokepoint depends on more than fleet presence. It requires sustained dominance under contested conditions. The United States has maintained naval forces in the region for decades, yet recent military history shapes perceptions of endurance. Studies by Andrew Bacevich and reports from the Quincy Institute for Responsible Statecraft document the limits encountered in Vietnam, Iraq, and Afghanistan, where

prolonged engagements produced strategic withdrawal without decisive victory. These cases inform external assessments of American tolerance for extended conflict. Iran's approach reflects a doctrine of asymmetrical warfare designed to exploit those limits. Analysis from the Royal United Services Institute and independent regional scholars such as Trita Parsi describe a strategy centred on denial, attrition, and calibrated escalation. Naval mines, anti-ship missiles, and distributed proxy networks create persistent disruption without presenting a conventional target set. The objective involves raising the cost of securing passage beyond politically sustainable levels. Historical parallels appear in weaker powers imposing disproportionate costs on stronger adversaries, as examined in Ivan Arreguín-Toft's work on asymmetric conflict outcomes.

Statements attributed to Donald Trump emphasise deterrence through threat of overwhelming response. Dalio records that policymakers in allied states question whether such threats translate into prolonged engagement when faced with sustained disruption. The issue concerns credibility under duration rather than capacity at a single point in time. Empirical work by political scientists such as Daryl Press suggests that credibility depends on demonstrated willingness to absorb costs, not merely on stated commitments. The financial position of the United States introduces an additional constraint. Public debt has reached levels that require substantial annual interest payments, limiting fiscal flexibility during crisis conditions. Analysis from the Bank for International Settlements and independent economists including Carmen Reinhart indicates that high debt burdens reduce the capacity to respond to external shocks without triggering inflationary or currency pressures. A disruption in Hormuz would likely increase energy prices, feeding directly into inflation across advanced economies. Central banks would face a conflict between tightening policy to contain inflation and maintaining accommodative conditions to manage debt servicing costs.

Currency stability depends on sustained demand for dollar-denominated assets. The reserve role of the dollar has persisted due to liquidity, institutional depth, and the absence of a comparable alternative. However, independent analysts such as Michael Hudson and research groups examining BRICS financial initiatives note gradual efforts to diversify settlement mechanisms away from the dollar. These efforts remain limited in scale, yet a visible failure to secure critical trade routes could accelerate diversification by undermining confidence in the system's guarantor.

Alliances would respond to such a shift in perception. European policy discussions, reflected in reports by Chatham House and German economic institutes, increasingly reference strategic autonomy in response to uncertainty about long-term US commitments. Asian economies dependent on Gulf energy supplies would face immediate pressure to secure alternative arrangements. China's position as a major importer gives it a direct stake in the stability of Hormuz. Research from the Mercator Institute for China Studies indicates that China has expanded naval capabilities and logistical access points to protect maritime routes, though it has not yet assumed a dominant security role. A sustained crisis could alter that posture.

Russia and other energy exporters would experience secondary effects through price movements and shifting demand patterns. Higher prices would strengthen fiscal positions for exporters while increasing strain on import-dependent economies. The redistribution of economic leverage would interact with existing geopolitical alignments, reinforcing trends toward a more fragmented system.

The analogy with Suez rests on the role of perception in driving systemic change. Britain did not lose all capability in 1956, yet markets and allies concluded that it could no longer act independently of larger powers. That conclusion triggered capital flight, currency weakness, and strategic contraction. The United States retains far greater structural

advantages than Britain held at that moment, including technological leadership and deeper financial markets. However, the mechanism of decline identified in historical cases does not require parity between situations. It requires a visible failure at a point of systemic importance.

Dalio's framework aligns with earlier theories in international political economy, including Charles Kindleberger's argument that global stability depends on a leading power capable of maintaining open trade routes and financial order. When that capacity comes into question, fragmentation follows. Independent scholarship has revisited this framework in light of current conditions, noting that no alternative power fully replicates the role, increasing the potential for disorder during transition.

Energy flows, maritime control, and financial credibility converge in the Strait of Hormuz scenario. A sustained inability to guarantee passage would signal limits to American power in a domain central to the global economy. Historical precedent indicates that such a signal carries consequences beyond the immediate region, affecting currency stability, alliance structures, and capital allocation.

The analysis of earlier empires shows consistent patterns. Portugal lost its position after failing to defend maritime routes against emerging competitors. The Dutch Republic's financial dominance eroded once naval superiority weakened. Britain's global role contracted after Suez demonstrated dependence and limited autonomy. Each case involved a moment where control over a critical artery failed and perception adjusted rapidly.

The present situation reflects similar dynamics under different technological and geopolitical conditions. Iran's strategy aims to impose sustained costs through asymmetrical means, extending conflict duration and exploiting political constraints within the United States. Evidence from previous conflicts indicates that such strategies can succeed against materially stronger opponents when the cost of engagement exceeds perceived benefit.

A failure by the United States to secure the Strait of Hormuz would therefore represent more than a regional setback. It would demonstrate an inability to enforce open trade at a critical chokepoint, prompting reassessment among creditors and allies. Capital flows would respond to that reassessment, as they have in previous historical episodes. Currency stability would come under pressure, and alternative arrangements would gain traction.

Historical precedent supports the argument that imperial systems do not collapse solely through battlefield defeat but through loss of confidence in their capacity to maintain order. The Suez Crisis provides a clear example of that process in operation. Dalio's synthesis of long-term cycles, supported by independent economic and historical scholarship, places the current situation within a recognisable pattern.

Misjudgment of asymmetrical warfare forms a central risk. Stronger powers have repeatedly underestimated the capacity of weaker adversaries to impose prolonged costs. Vietnam, Iraq, and Afghanistan provide empirical evidence of that pattern in recent decades. Iran's strategy reflects awareness of those precedents, combining regional leverage with methods designed to avoid decisive confrontation while sustaining pressure. Should the United States fail to secure the Strait of Hormuz under such conditions, the resulting shift in perception would align closely with the British experience in 1956. Allies would reassess commitments, creditors would reconsider exposure, and competing powers would expand influence within the emerging space. The end of dominance would follow not from a single defeat but from the cumulative effect of lost confidence.

The historical record shows that control over vital trade routes underpins the authority of great powers. Loss of that control has repeatedly marked the transition from dominance to decline. The Strait of Hormuz now occupies that role within the contemporary system. A failure to secure it, given the structural pressures already present, would place the United States within the same trajectory that followed Britain after Suez, with asymmetrical warfare serving as the mechanism through which a weaker power compels that outcome. Authored By: [Global GeoPolitics](#)

Thank you for visiting. This is a reader-supported publication. If you believe journalism should serve the public, not the powerful, and you're in a position to help, becoming a PAID SUBSCRIBER truly makes a difference. Alternatively you can support by way of a cup of coffee:

<https://buymeacoffee.com/ggvtv> |

<https://ko-fi.com/globalgeopolitics> |

Bitcoin: 3NiK8BoRZnkwJSHZSekuXKFizGPopkE7ns

[Comment](#)

[Like](#)



Get the Jetpack app

Subscribe, bookmark, and get real-time notifications – all from one app!

